

**Bereich Demografie**

**14. Besteht ein Konzept für „alternde Siedlungen“ mit hohem Anteil der Bewohner im Rentenalter, deren Häuser einen unterschiedlich sanierten Standard aufweisen? Wie soll eine geeignete Infrastruktur, einschließlich sozialer Treffpunkte, bis hin zum assistierten Wohnen und regionalen Pflegezentren erhalten oder geschaffen werden?**

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Wir werden in allen Programmen zur Entwicklung der Infrastruktur in Hessen – insbesondere in den Programmen zur Dorf- und Stadtentwicklung – dafür sorgen, dass die Bedürfnisse älterer Bürger berücksichtigt werden und in der Dorf und Quartiersentwicklung erreichbare Nahversorgungsangebote gerade für Senioren umgesetzt werden. Die Mittel für diese Programme haben wir in der vergangenen Legislaturperiode mehr als verdreifacht, so dass viele Dörfer und Städte ein gutes Förderangebot erhalten, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Mit diesen Programmen werden auch die Dorf- bzw. Quartiersgemeinschaft gepflegt sowie Treffpunkte und soziale Infrastruktur geschaffen. In Kombination mit den Förderangeboten zum altersgerechten Umbau von Wohnungen, die ebenfalls deutlich aufgestockt wurden, verfolgen wir das Ziel, älteren Menschen eine hohe Lebensqualität in ihrem</p>	<p>Die Versorgung der Menschen mit den alltäglichen Bedürfnissen findet immer häufiger zentral außerhalb des Wohnumfeldes statt. Welche Maßnahmen im Rahmen der Quartiersentwicklung könnten diesem Trend entgegensteuern, um auch der demografischen Entwicklung gerecht zu werden? Menschen wollen auch im Alter in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Das gilt in Stadt und Land. Während im städtischen Bereich eher Mangel an geeigneten barrierefreien kleinen und bezahlbaren Wohnungen herrscht, ist im ländlichen Bereich eher die Umgestaltung zu barrierefreiem oder zumindest barrierearmem Wohnraum gefragt. Deshalb muss das Land konsequent in den Bau bezahlbarer Wohnungen investieren. Wir wollen barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in einem sicheren Umfeld für alle. Dazu gehören eine Ausweitung der Wohnraumberatung und die Unterstützung von älteren Menschen bei Organisation und Finanzierung der Gestaltung ihres</p>	<p>Wir haben die Fördermittel für die Dorfentwicklung in den letzten Jahren deutlich aufgestockt, so dass ländlich geprägte Kommunen ihre Ortskerne revitalisieren und weiter entwickeln können. Dazu gehören erforderliche Infrastrukturen wie wohnortnahes Einkaufen, ärztliche Versorgung und Bewohnertreffs, aber auch die Auflösung städtebaulicher Missstände und die Einrichtung einer dorfgerechten Nachfolgenutzung. Zusätzlich verweisen wir auf die Antworten zu Frage 5 im Kapitel Wohnen und zu Frage 3 im Kapitel Infrastruktur.</p>	<p>Bei der Frage von Konzepten für „alternde Siedlungen“ wäre es aus unserer Sicht zunächst einmal nötig einen Vergleich der bestehenden Konzepte und eine Analyse über die Abdeckung durch bestehende Programme durchzuführen und auf deren Bewertung/Grundlage im Anschluss – zunächst über Modellprojekte – aktiv zu werden.</p>	<p>DIE LINKE will Barrierefreiheit herstellen. Bei allen baulichen Maßnahmen muss Barrierefreiheit gegeben sein. Es muss gewährleistet werden, dass der gesamte öffentliche Raum barrierefrei zugänglich ist. Wir wollen zudem, dass Seniorinnen und Senioren in ihrer bekannten Umgebung leben können. Dazu gehören auch die Förderung von Senioren- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften, Hilfen bei dem Erhalt der Wohnung oder Suche nach geeignetem Wohnraum. Last but not least kämpfen wir zudem auf Bundesebene für die Anhebung des Rentenniveaus auf 53% und eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro, die zu einer Verbesserung der Lebens- und damit auch Wohnsituation sorgen soll.</p>

<p>gewohnten Lebensumfeld zu ermöglichen.</p> <p>Mit vielen erfolgreichen Praxisbeispielen wollen wir interessierte Bürgerinnen und Bürger, Wohnungsbaugesellschaften und Architekten, aber auch Entscheidungsträgerinnen und Träger aus Politik und Verwaltung anregen, eigene Konzepte zu entwickeln und zu verwirklichen, um die Angebote an gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Hessen weiter auszubauen. Überdies sind wir im Hinblick auf das wichtige Thema „Barrierefreiheit“ sehr engagiert und unterstützen in Modellregionen neue Möglichkeiten, vorhandene Barrieren für ältere und Menschen mit Einschränkungen abzubauen.</p> <p>Die Übernahme dieser gegenseitigen und generationenübergreifenden Verantwortung unterstützt das Land Hessen außerdem mit dem Wettbewerb „Aktion Generation – lokale Familien stärken“. Ausgezeichnet werden hier Projekte und Strukturen, die beispielsweise Senioren- und Generationenprojekte, Freiwilligendienste, Mehrgenerationenhäuser, Demenzbegleiter, Alltagshilfen für Senioren, Patenschaften für Kinder oder generationenübergreifende Wohnprojekte miteinander verknüpfen.</p>	<p>Umfeldes. Für die Einrichtungen des Betreuten Wohnens wollen wir eine unabhängige Schiedsstelle, die dafür sorgt, dass Menschen, die sich für diese Wohnform entscheiden, ihre Rechte wahrnehmen können, wenn ihre Kräfte nachlassen. „Betreutes Wohnen“, also Wohnen in einem seniorengerechten Umfeld mit der Möglichkeit, bei Bedarf hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Pflegedienste oder Essen auf Rädern anzufordern, ist kein geschützter Begriff. Deshalb müssen die Mindestanforderungen verbindlich festgelegt sein und kontrolliert werden. Außerdem brauchen wir einen Landespflegeplan zur Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maßnahmenrahmenplanung, der die Grundlage für die Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur mit wohnortnahen Versorgungsangeboten sein kann.</p> <p>Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen möglichst aufzuhalten. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen eine zusätzliche Stärkung und</p>			
--	--	--	--	--

<p>Darüber hinaus umfasst eine Siedlungsgemeinschaft mehrere Gebäude, dementsprechend lebt hier meist eine höhere Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern. Diese kann in bereits bestehenden Quartieren entstehen. Dort initiieren zum Beispiel Selbsthilfegruppen, aber auch Wohnungsunternehmen Projekte, um den Herausforderungen einer alternden Siedlung zu begegnen. Im Mittelpunkt stehen gemeinsame Aktivitäten, die das Zusammenleben der Generationen und die Nachbarschaftshilfe fördern. Neben der Gründung von Nachbarschaftshilfevereinen oder der Organisation von Tauschbörsen können auch professionelle Hilfs- oder Pflegeangebote eingebunden werden. Zunehmend entstehen Gemeinschaftliche Wohnkonzepte auch im Zusammenhang mit Stadtentwicklungsprojekten. Wenn neue Stadtteile geplant werden, können sich Einzelbauherren zu Baugemeinschaften zusammenschließen oder Bewohnergruppen mit einem Bauträger planen. Neben der Versorgung mit Wohnraum können so auch gemeinsame Interessen verfolgt werden, wie zum Beispiel Verkehrsberuhigung, Gemeinschaftsräume,</p>	<p>Verstetigung des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ gezielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Absonderung einzelner Gruppen gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmenschliche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.</p>			
---	---	--	--	--

Verband Wohneigentum Hessen e.V. – Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28.10.2018

Infrastruktureinrichtungen und ökologisches Bauen.				
---	--	--	--	--